

erschienen in der FIfF-Kommunikation,  
herausgegeben von FIfF e.V. - ISSN 0938-3476  
www.fiff.de

Dagmar Boedicker

## Kontrolle durch Transparenz Transparenz durch Kontrolle

### Ein Tagungsbericht

Vom 27. bis 29. April 2007 veranstaltete der FB 8 der Gesellschaft für Informatik in Berlin-Adlershof eine attraktive Tagung rund um Kontrolle und Transparenz. Seit 14 Jahren endlich wieder eine Tagung der GI zum Thema Informatik und Gesellschaft, bei der sich über hundert Interessierte informierten und diskutierten. Zwei allerdings fehlten, und ihr Fehlen fiel auf: Die beiden Herren von ITSG und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Martin Warnke kritisierte in seiner Begrüßung, dass die Absage aus dem BMWi recht lapidar war und die Reaktion auf eine Nachfrage der Veranstalter „beredtes Schweigen“. Wo die beiden Herren hätten mitwirken sollen? In der AG 4: Von der Payback- zur Job-Card – Datenschutz, ein Auslaufmodell?

### Hat die Freiheit schon verloren?

Das Auftaktreferat hielt Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin der Justiz a. D. und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion. Sie sprach deutliche Worte zur Grundrechtsblindheit einiger Politiker, insbesondere bei den Themen großer Lauschangriff, Online-Durchsuchung, Rasterfahndung, der Novelle des Außenwirtschafts-Gesetzes und biometrischen Daten im Pass. Sie beobachtete wachsende Begehrlichkeiten gegenüber Maut- und anderen Daten, und sie kritisierte, dass die Unschuldsvermutung in der Behandlung der Bürger durch den Staat bereits unterminiert sei. Beim Thema Vorrats-Datenspeicherung wies sie darauf hin, dass zwar ein

Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof anhängig sei, das die Richtlinie wegen fehlender Ermächtigungsgrundlage ablehnen könnte, ihre Umsetzung in deutsches Recht aber trotzdem – sogar vor dem Pflichttermin – stattfinden werde. Dabei sei zu befürchten, dass das Verfassungsgericht trotz augenscheinlicher Grundgesetzwidrigkeit eine Verfassungsbeschwerde nicht annehmen würde. Das liegt daran, dass EU-Recht solange über dem Grundgesetz steht, wie es nicht zu einer ganz erheblichen Verschlechterung der Grundrechte führt. Fazit des Vortrags von Frau Leutheusser-Schnarrenberger: Ja, vor diesem Hintergrund hat die Freiheit schon verloren!

### Demokratie und Online-Wahlen

Darum ging es im Workshop 1, auch die Präsidiumswahlen in der GI wurden dort diskutiert. Klaus Brunnstein, Präsident der International Federation for Information Processing (IFIP), griff dieses Thema bei seinem Abschluss-Referat auf und sprach sich gegen Online-Wahlen aus.

### Wissenschaftliches Publizieren: Urheberrecht, Patentrecht, Creative Commons und Open Access

Im 2. Workshop warnte Peter Schirnbacher (Direktor Computer- und Medienservice an der HU Berlin) in seinem Vortrag „Das wissenschaftliche Publizieren auf dem Weg zum Open Access“ davor, dass wir heute möglicherweise unnötige Schranken des traditionellen Publizierens übernehmen, und nannte Open Access eine Chance für veränderte Publikationsgewohnheiten. Er erläuterte die praktischen Hindernisse, die einer rascheren Erweiterung des Zugangs im Wege stehen, und wies auch auf Verlage hin, die ihr *Impact-Factor*- und Zitier-Monopol weidlich ausnutzen. Immerhin gestatten einige Verlage ihren Autoren, eine Publikation sechs Monate nach Erscheinen selbst elektronisch zu veröffentlichen, und weil frei zugängliche elektronische Publikationen heute bereits häufiger gelesen und in naher Zukunft vielleicht auch häufiger zitiert werden, könnten sich die Gewichte zum Open Access hin verschieben.

Der einführende Text von Wolfgang Coy ist auf der Tagungs-Website (siehe unten) nachzulesen, Volker Grassmuck stellte in seinem Vortrag die Geschichte und bisherige Entwicklung von Open Access dar, und Jens-Martin Loebel führte in die Probleme der Langzeitarchivierung digitaler Objekte ein.

Auf dem Server der HU-Berlin sind zur Zeit etwa 8.000 Publikationen verfügbar. Schirnbacher wies auf ihre vollständige Archivierung hin und die relativ komfortable Nutzung von MS-Word-Vorlagen für die Autoren, kritisierte aber das allgemein schlechte Marketing von Open Access und die (noch) geringere Reputation gegenüber der Veröffentlichung in Fachjournalen. Er appellierte an die wissenschaftlichen Gesellschaften, sich nach dem Muster von ACM und IEEE stärker als Herausgeber zu betätigen, ohne dabei aber das Ziel dieser beiden Organisationen zu verfolgen, die in erster Linie Geld damit verdienen möchten. Das sei einer demokratischen Teilhabe an den Ergebnissen der Wissenschaft nicht förderlich und stehe auch im Widerspruch zu deren überwiegender Finanzierung durch die Öffentlichkeit.

Die Diskussion befasste sich mit den Ausbaumöglichkeiten, aber auch damit, dass Information so schnell produziert wird, dass wir neben der Verfügbarkeit auch ein Auswahlproblem haben und in naher Zukunft möglicherweise eher darüber nachdenken sollten, wie wir veraltete Information wieder loswerden.

### Nationale IT-Strategien im globalen Zusammenhang

Im 3. Workshop stellten internationale Gäste die nationalen IT-Strategien Afghanistans, Kameruns und Kubas vor. Es wurde diskutiert, wie eine entsprechende Infrastruktur für die IT geschaffen werden kann, damit die Gesellschaft, Bildung, Forschung und Lehre sowie die Wirtschaft diese nutzen können.

### Von der Payback- zur Job-Card – Datenschutz, ein Auslaufmodell?

Ein allgemein gültiges Personenkennzeichen ließen die Grundregeln des Datenschutzes bisher nicht zu, darüber herrschte auch gesellschaftlich Konsens. Der scheint jedoch ins Wanken geraten, die Bedeutung von Privatheit hat sich gewandelt. Elektronische Identifikationssysteme wie der elektronische Reisepass oder die elektronische Gesundheitskarte werden vom Staat forciert. Aktuell wird überdies ein weiteres Identifikationssystem diskutiert: Der elektronische Einkommensnachweis bzw. das *Job-Card-Verfahren*. Die Informationen von Walter Ernestus und Thilo Weichert in diesem 4. Workshop waren besonders angebracht, weil dieses Verfahren in der Öffentlichkeit noch kaum bekannt ist. Ursprünglich waren drei Referenten vorgesehen, zwei davon, Harald Flex, ITSG, und Jochen Puth-Weissenfels, BMWi, hatten aber kurzfristig abgesagt.

Walter Ernestus sprang ein und legte in einem kritischen Vortrag die Grundlagen zum Verständnis, wie durch dieses Verfahren nahezu jedes sozialstaatsrelevante Datum eines Bürgers mit einer eindeutigen elektronischen Signatur verknüpft werden soll. Der mögliche Nutzen des Job-Card-Verfahrens (inzwischen *Elektronischer Einkommensnachweis, ELENA*, genannt) steht außer Frage, es wird Verwaltungsvorgänge vereinfachen. Auch können heute 34 % aller Arbeitnehmer/-innen keinen Arbeitsnachweis vorlegen, obwohl sie ihn brauchen, um Sozialleistungen zu beantragen. Wenn aber demnächst mit Job-Card und elektronischer Gesundheitskarte 99,9 % der Bevölkerung registriert sind, ist die Warnung der Datenschützer von 2004 wohl kaum gehört worden: „Der Staat darf seine Bürgerinnen und Bürger nicht zur Nummer abstempeln.“ Datensparsamkeit spielt keine Rolle, und das zentrale Personenkennzeichen wird Realität.

Die Teilnehmer/-innen der Diskussion erarbeiteten die folgenden Empfehlungen zur Positionierung der GI:

- \* Gesetzgebung und Verwaltungsverfahren müssen so gestaltet werden, dass möglichst wenige Daten anfallen und gespeichert werden müssen.
- \* Es ist nicht hinnehmbar, dass Daten Aller gesammelt werden, um den Missbrauch von Sicherheitssystemen durch einige Wenige zu verhindern.

- \* Der derzeitige staatliche Sammeleifer steht in direktem Widerspruch zu den öffentlichen Bekenntnissen der Politik zum Bürokratieabbau.
- \* Die Bürger müssen die Hoheit über ihre Daten dauerhaft zurückerhalten. Um dies zu erreichen, müssen Gesetze und Verwaltungsverfahren entsprechend umgestaltet werden.
- \* Es dürfen nur informatische Methoden zum Einsatz kommen, mit denen die Datenhoheit des Einzelnen sichergestellt ist – bspw. durch die Verwendung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung.
- \* Die GI lehnt insbesondere das ELENA-Verfahren in der derzeit geplanten Form ab, da hierdurch beachtliche Datensammlungen entstehen würden, die Begehrlichkeiten zur zweckentfremdeten Verwendung wecken würden.

(<http://weblab.uni-lueneburg.de/socialsoftware/transparenz/index.php/JobCardEmpfehlungen>)

Die Diskussion über ELENA und die praktischen und datenschutzrechtlichen Probleme damit steht uns wohl erst noch bevor. Weichert forderte eine Evaluation der allgegenwärtigen Grundrechtseingriffe. Hoffentlich wird es dann auch um einige weitere Aspekte gehen, die in der Diskussion auftauchten, wie die Möglichkeit, Kosten und Nutzen solcher bürokratischen Regulierungen vorab zu prüfen, welche Alternativen zum zentralistischen Modell – wie einen Daten-Safe für alle Bürger – es geben kann, bis hin zur Anregung, statt immer genauerer, vorgeblich gerechterer Sozialleistungen die Bürokratie bei Sozialleistungen durch ein Bürgergeld überflüssig zu machen.

### Informatik und Ethik: Fallbeispiele

Vom Workshop 5 „Digitale Medien zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung“ (wie auch von „Beruf Informatikerin: Chance oder Risiko“ am Sonntag) habe ich leider überhaupt nichts mitbekommen. Mich lockte der sehr aktive 6. Workshop zu den Fallbeispielen. Christina Class (HTA Luzern) berichtete zunächst in einem Impulsreferat über den Einsatz von Fallbeispielen im Unterricht. Anschließend wurden die Teilnehmer/-innen selbst aktiv und arbeiteten mit den angebotenen Fallbeispielen ([http://weblab.uni-lueneburg.de/socialsoftware/transparenz/index.php/Informatik\\_und\\_Ethik](http://weblab.uni-lueneburg.de/socialsoftware/transparenz/index.php/Informatik_und_Ethik)). Die Aufgabenstellung glich der im Unterricht, nur die Zeit war knapper. Christina Class, Constanze Kurz und Deborah Weber-Wulff moderierten zielstrebig, hielten sich dabei aber aus der inhaltlichen Diskussion heraus.

Die Organisatorinnen wollten wissen, wie gut die Fallbeispiele zu Themen wie Biometrie, medizinischen Datensammlungen, Geschäften mit Minderjährigen, Online Banking oder Whistle Blowing sich bearbeiten lassen, und als wie geeignet und knifflig die Teilnehmer/-innen sie einstufen. Ein guter Test, auch wenn es schwer fiel, den Fokus wie gefordert nicht auf die rechtlichen Aspekte zu legen, sondern auf ethische Fragestellungen und die Anwendung der ethischen Leitlinien der GI. Aus ihrer praktischen Erfahrung rieten die Organisatorinnen davon ab, eigene Erfahrungen in die Diskussion mit Studierenden einzubringen, weil solche Erfahrungen ohne Berufspraxis schlecht nachvollziehbar und undeutlich bleiben.

### Wissenschaft oder Design

Hier ging es um die Frage, ob Informatik eine Wissenschaft (*Computer Science*) ist, oder ob ihr disziplinärer Schwerpunkt in einer *Kunstfertigkeit* der Gestaltung (*Art of Computer Programming*) bestehen sollte. Jörg Pflüger wies in seiner Einführung darauf hin, dass humanes Design lange ein dominantes Thema in *Informatik und Gesellschaft* war und es durchaus auch wieder werden könne, Heinrich C. Mayr (Klagenfurt) und Peter Purgathofer (Wien) lieferten mit ihren Impulsreferaten zwei Anstöße, die die Kontroverse anschaulich machten: Einerseits ein nüchterner Ingenieursansatz und andererseits ein anschauliches Beispiel dazu, wie die Sicht auf Anforderungen den Lösungsansatz bestimmt. Zuspitzen lässt sich die Herangehensweise vielleicht durch zwei Zitate: „Ganz ohne Ingenieursdisziplin geht es nicht“ vs. „Pflichtenheft considered harmful“.

Mayr beklagte, dass in der Informatik seit 40 Jahren über Software-Engineering diskutiert, es aber nicht praktiziert werde, und stellte fest, dass sich wohl niemand im Ernst hochkomplexe (oder riskante) Systeme von Künstlern wünsche. Er benannte einige Probleme der Informatik: Mehr als 50 % der Beschäftigten in der Software-Produktion haben keine Informatik-Ausbildung, der ad-hoc Entwurf ohne Methoden überwiegt, das Rad wird immer wieder – ohne Verbesserungen – neu erfunden (*not invented here*) und das Informatik-Wissen leidet unter einem Verfalls-Mythos. In der Regel wird maximal das Wissen der letzten fünf Jahre von Informatikern und Studierenden berücksichtigt. Es gibt keine zusammenhängende Methodik, die den Anforderungen der Praxis entsprechen würde.

Purgathofer kritisierte die Vorstellung vom *gegebenen Problem* als Trugschluss. Je mehr Experten aus verschiedenen Domänen ein Problem betrachten, desto mehr Perspektiven (und Lösungsansätze) gibt es für dieses Problem. Sein Vortrag machte die



Tagung des Fachbereichs  
Informatik und Gesellschaft  
der Gesellschaft für Informatik e.V. (GI)  
Berlin-Adlershof  
27. bis 29. April 2007  
<http://www.gi-ev.de/transparenz>

These unterhaltsam anschaulich: Ein privates Bahn-Unternehmen stellt fest, dass seine Speisewagen keine Erträge bringen. Alle konsultierten Experten vom Koch über den Innen-Designer zum Marketing-Spezialisten schlagen etwas anderes, mehr oder weniger Aufwändiges vor. Zu guter Letzt stellt der Steuerberater fest, dass genau dieser fehlende Ertrag notwendig ist, um Steuern zu sparen.



Ein Lösungsansatz Purgathofers liegt darin, den Entwicklungsprozess als keineswegs vollkommen rational zu verstehen, Ambiguitäten und den Umgang damit als Fakt zu akzeptieren und im Studium zu vermitteln. Design kann diesen Kontrollverlust eher akzeptieren, woher wohl der Konflikt rührt, dass *wenn Informatik ins Spiel kommt, Design unmöglich wird*.

Die Diskussion förderte vor allem ein Ergebnis zu Tage: Informatik hat sich immer wieder selbst korrumpiert, sie kann eben nicht Alles, und manches sollte einfach nicht gemacht oder zugesagt werden. Ein wenig zu kurz kam der Aspekt, dass Zeit ein wesentlicher Faktor im Entwicklungsprozess ist, und dass mit genügend Zeit deutlich bessere Software möglich wäre. Software-Engineering ist ein Prozess, es ist *doing for the sake of knowing*, aber diese Sicht ist weit davon entfernt sich durchzusetzen.

## Perspektiven der Industrie-Gesellschaft

In seinem Abschluss-Vortrag beschrieb Klaus Brunnstein den Weg von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, seine Risiken und ihre mögliche Beherrschbarkeit. Er beschrieb wenig beruhigende Phänomene wie das des *don't care*: Junge Nutzer der Informations- und Kommunikationstechnik haben den Eindruck, dass diese Technik ohnehin zu komplex ist, um beherrschbar zu sein, als Konsequenz verzichten sie sogar auf Ansätze einer Absicherung und kommunizieren unbekümmert drauflos. Auch wirkt die virtuelle Realität auf die Wirklichkeit zurück. Als Beispiel zitierte Brunnstein einen nicht mehr jugendlichen KI-Wissenschaftler, der seine in *Second Life* angenommene Identität damit begründete, dass *er wissen wolle, wie sich eine 25jährige Frau fühle*.

Qualität und Genese von Information im Internet lassen sich nicht überprüfen, also ersetzt der Glaube die kritische Prüfung. Verweigerung ist nicht mehr möglich, diese Option hatten nur frühere Generationen. Brunnstein rechnet im schlimmsten Fall mit einem Kollaps der Infosphäre, vergleichbar dem drohenden Zusammenbruch der Ökosphäre.

Die Tagung war spannend, rundum lohnend, und man kann den Veranstaltern nur gratulieren. Hoffentlich müssen wir auf die Nachfolge-Tagung nicht wieder so lange warten. Wer weitere Information dazu möchte, Einiges ist nachzulesen im Tagungs-Wiki: <http://weblab.uni-lueneburg.de/socialsoftware/transparenz/index.php/Hauptseite>

erschieden in der Fiff-Kommunikation,  
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476  
[www.fiff.de](http://www.fiff.de)